



Viele europäische
Soldaten, aber keine
europäische Armee

Claudia Major

▶ **Herausgeber**

Stiftung Genshagen
Im Schloss
D-14974 Genshagen

Telefon: + 49 (0)3378-805931

Telefax: + 49 (0)3378-870013

▶ **Internet**

www.stiftung-genshagen.de
institut@stiftung-genshagen.de

▶ **Redaktion**

Stephen Bastos

▶ **Grafische Gestaltung**

Nora Erdmann

Die Veröffentlichung gibt ausschließlich die persönliche Meinung des Autors wieder.

Alle Rechte vorbehalten.

Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten der Stiftung Genshagen ist auch in Auszügen nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

© Stiftung Genshagen, 2012



Zusammenfassung

Nach wie vor gelingt es nicht, die sicherheits- und verteidigungspolitische Handlungsfähigkeit der EU so zu stärken, wie es das ökonomische Gewicht der EU eigentlich verlangt. Um die Kluft zwischen wirtschaftlicher, politischer und militärischer Integration in der EU zu überwinden, steht derzeit die alte Idee einer europäischen Armee wieder verstärkt im Zentrum der Diskussion.

In dem vorliegenden Papier wird der schillernde Begriff der „europäischen Armee“ einer genaueren Analyse unterzogen. Welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein, damit eine europäische Armee realisiert werden kann? Wie sinnvoll und wie realistisch wäre sie überhaupt? Welche Entwicklungsszenarien sind denkbar? Die Analyse zeigt zweierlei:

1. Revolutionäre Integrationsinitiativen sind in der Sicherheitspolitik nahezu aussichtslos. Daher sind pragmatische Vorstöße, die sich auf konkrete Projekte beziehen, wie die Entwicklung von EU-Battlegroups, erfolgversprechend als „große Würfe“. Auf absehbare Zeit ist nur eine leichte Verbesserung des sicherheitspolitischen Status quo zu erwarten.
2. Eine verstärkte militärische Integration der EU ist auf die politische Führungskraft von Staatengruppen innerhalb der EU angewiesen. Hier könnte das Weimarer Dreieck, gestärkt durch eine engagierte neue französische Regierung, die Rolle eines entscheidenden Impulsgebers übernehmen.



Abstract

Still the EU has not been able to strengthen its security and defence policy in a way that reflects its economic weight. In order to bridge the gap between economic, political and military integration in the EU, the old idea of an European army reemerged on the European agenda. This paper analyses what is behind the dazzling concept of an European army, what preconditions it implies and how sensible and realistic an European army really is. Finally the author drafts three possible scenarios on how the EU's security and defence policy might develop in the future.

The analysis leads to two conclusions: Firstly, revolutionary integration steps in security policy are nearly impossible. It is better to build on pragmatic initiatives related to concrete projects like the development of EU battle groups than to rely on grand strategic designs. In the foreseeable future just modest improvements of the status quo can be expected. Secondly, a stronger EU military integration needs political leadership that can only be provided by groups of states within the EU. This is a perfect opportunity for the Weimar Triangle, strengthened by a dedicated new French government, to finally take up its role as a decisive pacemaker in a key area of EU integration.



Inhalt

▶	EINFÜHRUNG	05
▶	I. EUROPÄISCHE ARMEE: DAS ERGEBNIS EINER SICHERHEITSPOLITISCHEN EUROPÄISIERUNG	06
▶	II. WARUM DAS THEMA EUROPÄISCHE ARMEE WIEDER KONJUNKTUR HAT	10
▶	III. AKTUELLE RAHMENBEDINGUNGEN	15
▶	IV. DREI ENTWICKLUNGSSZENARIEN FÜR DEN WEG ZU EINER EUROPÄISCHEN ARMEE	21
▶	V. AUSBLICK: PRAGMATISMUS UND LEADERSHIP	24
▶	ANMERKUNGEN	26
▶	ÜBER DIE AUTORIN	31

Einführung

Die „europäische Armee“ erfreut sich derzeit wieder einmal großer Aufmerksamkeit. Der schillernde Begriff erscheint im Koalitionsvertrag der Bundesregierung 2009¹ genauso prominent wie in Reden der Opposition, in Interviews von Regierungsvertretern europäischer Partner und in zahlreichen Publikationen.²

Tatsächlich findet militärische Kooperation in Europa schon seit Langem statt. Sie ist jedoch nicht mit dem Anspruch der politischen Integration im Rahmen der Europäischen Union (EU) verbunden. Die Staaten haben ihre militärische Zusammenarbeit weitgehend außerhalb des EU-Rahmens in der NATO und in der mittlerweile aufgelösten Westeuropäischen Union (WEU) organisiert.

Allerdings gab es bereits früh Anstrengungen, die EU auch militärisch als Integrationsrahmen zu nutzen. Anfang der 1950er Jahre hatte Frankreich im sogenannten Pleven-Plan die Gründung einer europäischen Armee im Rahmen einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) vorgeschlagen.³ Mit der EVG wollten die westlichen Alliierten die Wiederbewaffnung Deutschlands, die sie im Rahmen des Kalten Krieges als notwendig erachteten, europäisch einbinden und kontrollieren.

Die EVG beinhaltete etwa eine gemeinsame Rüstungsbeschaffung und einen europäischen Verteidigungsminister. Sie sah damit sehr viel weiter reichende Integrationsschritte vor, als die EU-Staaten 2009 mit dem Lissabon-Vertrag beschlossen haben. Die Staaten hätten tatsächlich in großem Stil Souveränität, also Selbstbestimmung im militärischen Bereich, abgegeben. Die EVG scheiterte jedoch 1954 am Widerstand Frankreichs, das aufgrund veränderter nationaler und internationaler Rahmenbedingungen nicht mehr bereit war, einer derart umfassenden Souveränitätsabgabe im sicherheits- und verteidigungspolitischen Bereich zuzustimmen.

Die Idee einer europäischen Armee war damit zwar zunächst vom Tisch. Ihre Faszination blieb jedoch erhalten. Sie war möglicherweise umso größer, je unklarer war, was genau sich hinter dem Begriff verbirgt. Seit den 1950er Jahren bringen vor allem Politiker und Wissenschaftler die Idee einer europäischen Armee regelmäßig in die Debatten ein. Doch Taten folgen nur selten - die Staaten haben die Umsetzung bislang nicht vorangetrieben. Da der Begriff derzeit wieder Konjunktur hat, stellt sich umso mehr die Frage, was genau mit ihm gemeint ist, wie realistisch und wie wünschenswert der Aufbau einer europäischen Armee ist und welche Entwicklungsszenarien vorstellbar sind.

► *I. Europäische Armee: das Ergebnis einer sicherheitspolitischen Europäisierung*

Wenn man die EU als Bezugsrahmen nimmt, dann bezeichnet eine europäische Armee grundsätzlich die intensivste Form der militärischen Zusammenarbeit der EU-Länder.

Definition

Eine europäische Armee würde die Werte einer europäischen politischen Gemeinschaft schützen und es ihr ermöglichen, ihre Interessen durchzusetzen. Die EU würde eigene Streitkräfte aufstellen, ausrüsten und einsetzen. Sie bestünde aus einheitlichen militärischen Verbänden, die einem einzigen Kommando unterstünden und nach gleichen Regeln mit gleichem Gerät kämpften.

Eine europäische Armee würde sich also aus Verbänden zusammensetzen, die nicht mehr den einzelnen Staaten unterstehen, sondern einer europäischen Autorität. Dies könnte z.B. der Europäische Rat sein, also die Staats- und Regierungschefs, der Rat für Auswärtige Angelegenheiten, in dem die Außenminister unter Vorsitz der Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik tagen, oder die Hohe Vertreterin selbst.

Die Staaten hätten also ihre Befehlsgewalt an eine europäische Instanz übertragen – so,

wie es jetzt bereits in vielen Politikfeldern der Fall ist, etwa in der Währungspolitik. Eine europäische Armee würde folglich mit einem sicherheitspolitisch geeinten Europa einhergehen. Die europäischen Länder würden Sicherheits- und Verteidigungspolitik gemeinsam planen, ausrüsten, finanzieren und im Krisenfall militärische Gewalt mit einer europäischen Armee nun gemeinsam anwenden.

Das Europäische Parlament allein, oder in Zusammenarbeit mit den nationalen Parlamenten, würde die parlamentarische Kontrolle ausüben.

Diese Definition identifiziert zugleich die Elemente, auf die eine europäische Armee aufbaut. Eine europäische Armee, als letzter Schritt auf einem langen Weg der europäischen sicherheits- und verteidigungspolitischen Einigung, würde folgende vier Bereiche umfassen:

Eine sicherheitspolitische Gemeinschaft

Voraussetzung für eine europäische Armee wäre eine gemeinsame sicherheitspolitische Konzeption der EU-Staaten für Europa. Diese würde den Rahmen für den Einsatz europäischer Streitkräfte bilden.

In einer sicherheitspolitischen Gemeinschaft würden die Staaten ihre Sicherheitspolitiken weitgehend harmonisieren und eine

gemeinsame EU-Politik definieren. Davon sind sie jedoch noch weit entfernt. Das liegt vor allem an den unterschiedlichen sicherheitspolitischen bzw. strategischen Kulturen, die die nationale Sicherheitspolitik eines Landes prägen.⁴ Die strategische Kultur eines Landes beinhaltet historisch gewachsene und tief verwurzelte Vorstellungen, von denen sich ein Staat in der Ausübung seiner Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik leiten lässt. Dieses charakteristische Gesamtbild von Normen und Traditionen bestimmt insbesondere die Ziele, Instrumente (zivil und militärisch) und Partner (bestimmte Staaten, und/oder NATO) in der Sicherheitspolitik. Hier gibt es große Unterschiede innerhalb der EU. So steht Deutschland dem Einsatz von militärischer Gewalt weitaus skeptischer gegenüber als etwa Frankreich und Großbritannien. Dies erschwert die Entstehung einer gemeinsamen europäischen strategischen Kultur. Gemeinsame politische Entscheidungen können vor diesem Hintergrund kaum getroffen werden.

Eine Europäisierung der strategischen Kulturen würde bedeuten, dass sich die Staaten auf gemeinsame Ziele und Mittel sowie eine übereinstimmende Vorstellung von der Rolle militärischer Gewalt im Spektrum der sicherheitspolitischen Instrumente der EU verständigen. Vor allem müssten sich die

Eine sicherheitspolitische Gemeinschaft bedeutet, dass die Staaten ihre Sicherheitspolitiken weitgehend harmonisieren und eine gemeinsame EU-Politik finden.

EU-Staaten auf die EU als primären sicherheitspolitischen Handlungsrahmen festlegen.

Dies würde einerseits beinhalten, der EU Priorität gegenüber anderen Akteuren, etwa der NATO, einzuräumen. Doch auch hier vertreten die EU-Staaten unterschiedliche Positionen. Das haben die Debatten um den NATO-Einsatz 2011 in Libyen verdeutlicht: Die EU spielte keine Rolle, es gab keine gemeinsame EU-Position für oder gegen einen Militäreinsatz, und die Staaten konnten sich generell nicht auf eine europäische Position einigen. Zudem gestehen viele mittel- und osteuropäische Staaten der NATO im militärischen Bereich mehr Glaubwürdigkeit zu, nicht zuletzt deswegen, weil die Allianz im Ernstfall auf Fähigkeiten der USA zurückgreifen kann. Sie wollen die Sicherheitsgarantien der NATO und der USA nicht durch unüberlegte Europäisierungsbestrebungen aufs Spiel setzen.

Andererseits würden die Staaten mit einer Europäisierung die eigene Souveränität - im klassischen Verständnis der Selbstbestimmung, also der autonomen Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit - beschränken. Denn sie würden die Entscheidungen über Ziele, Mittel und konkrete Einsätze im Rahmen der europäischen Sicherheitspolitik weitgehend auf die EU-Ebene übertragen.

In der Realität sind die EU-Staaten von einer sicherheitspolitischen Gemeinschaft noch weit entfernt. Bislang existiert auf EU-Ebene nur eine unzureichende gemeinsame strategische Untermauerung in Form der Europäischen Sicherheitsstrategie (2003, erweitert 2008).⁵ Auch die Beschlüsse zu den über 20 EU-Einsätzen lassen bislang kein sicherheitspolitisches Gesamtkonzept erkennen.

Der fragile sicherheitspolitische Konsens wird zudem immer wieder herausgefordert. Regelmäßig konnten sich die europäischen Staaten in grundlegenden Fragen nicht auf eine gemeinsame Position einigen. Dies war z.B. der Fall im Irakkrieg 2003, bei der Anerkennung des Kosovo 2008⁶ oder in der Libyenkrise 2011.

Eine militärische Gemeinschaft

Eine militärische Gemeinschaft würde in Form einer Militärstrategie verbindlich und gemeinschaftlich Verteidigungsplanung, Einsätze etc. regeln. Bislang ist die EU nur im Krisenmanagement aktiv geworden. Sicherheits- und Verteidigungspolitik geht aber darüber hinaus und umfasst z.B. auch die Territorialverteidigung. Will die EU in diesem Bereich Verantwortung übernehmen, müsste sie ihr Verhältnis zur NATO klären. Dazu gehört auch, sich über die Rolle der nuklearen Abschreckung zu verständigen. Hier vertreten die EU-Staaten gegensätzliche Positionen. Zudem müssten die Mitgliedstaaten nationale Kompetenzen im Verteidigungsbereich aufgeben. Die nationalen Militärbükratien haben sich aber häufig

bei Souveränitätstransfers als Hemmschuh gezeigt.

Tatsächlich fehlt weitgehend ein gesamteuropäischer militärischer Ansatz. Außerhalb von Einsätzen kooperieren die europäischen Streitkräfte bislang nur selten und in spezifischen Bereichen. So bilden z.B. Frankreich und Belgien ihre Piloten gemeinsam aus. Die Europäische Verteidigungsagentur listet derzeit 80 Kooperationsprojekte auf.⁷ Diese Kooperationsinseln führen zu einem wachsenden „Flickenteppich“ von Kooperationen, an denen jeweils nur einige Staaten, aber nicht alle EU-Staaten teilnehmen.⁸ Diese Kooperationsinseln sind auch nur selten europäisch abgestimmt.

Eine technisch-industrielle Gemeinschaft

Eine europäische Armee könnte auf einer europäischen verteidigungsindustriellen Basis aufbauen. Auch der Rüstungsmarkt müsste harmonisiert werden.

Dafür müssten die Staaten nationale industriepolitische Ziele und Produktionsstätten aufgeben und gemeinsame Standards vereinbaren, an die sich alle Europäer halten müssten.

Der Verteidigungsbereich ist aber nur in sehr geringem Maße europäisiert, nicht zuletzt deswegen, weil Verteidigungsindustrie und -markt de facto bis heute vom europäischen Integrationsprozess ausgenommen sind.⁹

Die Regeln für den Binnenmarkt gelten weiterhin nicht in vollem Umfang für Ausschreibungen im Rüstungsbereich. Darüber hinaus sind der Rüstungsprozess und der Fähigkeitsentwicklungsprozess voneinander abgekoppelt. Ersterer ist ein rein nationaler Prozess, während Letzterer bereits europäische Einflüsse aufnimmt.

Zudem haben multinationale Rüstungsprojekte bislang eher zu einer Diversifizierung von Typenvarianten bei den militärischen Gütern geführt, und nicht zu einer Europäisierung des Bedarfs. Die Staaten haben zwar gemeinsam Projekte gestartet, dann aber auf spezifischen nationalen Ausstattungen bestanden. Der Transporthubschrauber NH-90 mit seinen 23 verschiedenen nationalen Ausführungen ist dafür ein Beispiel. Damit fehlt eine wichtige Voraussetzung für die erfolgreiche militärische Zusammenarbeit.

Europäisierungsbestrebungen bei der Konsolidierung der europäischen Rüstungsindustrie, wie 2012 der gescheiterte Zusammenschluss von BAE Systems und EADS, zeigen, wie schwierig sich die Kooperation gestaltet und wie stark der Einfluss der Politik in diesem Bereich ist.¹⁰

Um eine europäische Armee aufzubauen, müssten die Doktrinen und Einsatzregeln der neuen Armee auf einer einheitlichen Interpretation der einschlägigen Völkerrechtsaspekte beruhen.

Rechtliche Gemeinschaft

Eine Armee baut auf einem gemeinsamen Wehrrecht auf. Als Grundlage für eine europäische Armee müssten die Doktrinen und Einsatzregeln der neuen Armee auf einer einheitlichen Interpretation der einschlägigen Völkerrechtsaspekte beruhen. Darüber hinaus müssten die Staaten die europarechtlichen Bestimmungen zur Kooperation und Integration harmonisieren. Die Staaten müssten ggf. auch ihre industriell-technischen Vorschriften revidieren, um die Harmonisierung des Rüstungssektors voranzubringen. Auch das Personalrecht müsste europäisiert werden.

Allerdings haben sich seit der Ablehnung der EVG 1954 die Streitkräfte der EU rechtlich ausdifferenziert. Gefördert wird dies durch unterschiedliche Traditionen bezüglich der Rechtsbeziehungen zwischen Parlamenten und Armeen. Ein Beispiel ist der deutsche Parlamentsvorbehalt, den andere europäische Länder wie Frankreich oder Polen schwer nachvollziehen können.

Obwohl die verschiedenen europäischen Staaten in NATO und EU-Einsätzen gut zusammenarbeiten, kommt es aufgrund der unterschiedlichen rechtlichen Vorschriften zu Unstimmigkeiten. So folgten die deutschen, französischen, spanischen und polnischen Soldaten, die 2006 gemeinsam den

EU-Einsatz EUFOR RD Congo bestritten, innerhalb des EU-Mandats unterschiedlichen nationalen Vorgaben. Der Einsatz der deutschen Einheiten war etwa auf den Raum der Hauptstadt Kinshasa beschränkt, der der anderen nicht.¹¹

Eine Annäherung der nationalen Vorschriften wird also immer schwieriger, je ausdifferenzierter sie sind. Zudem wollen vermutlich viele Staaten vermeiden, dass eine Harmonisierung auf eine – aus ihrer Perspektive – Nivellierung nach unten hinausläuft¹²: So wäre eine Europäisierung des deutschen Wehrrechts in der deutschen Öffentlichkeit wahrscheinlich schwierig durchzusetzen, wenn damit Rechte und Ansprüche der Soldaten eingeschränkt würden. In Frankreich würde dagegen der Versuch, die dortigen Regelungen zur Beteiligung des Parlaments an militärischen Einsätzen entsprechend den Vorgaben des deutschen Parlamentsvorbehalts zu ändern, auf beträchtlichen Widerstand stoßen.

► *II. Warum das Thema europäische Armee wieder Konjunktur hat*

Der Ruf nach einer europäischen Armee wird insbesondere dann laut, wenn sich neue Integrationsmöglichkeiten auf EU-Ebene zu eröffnen scheinen. In jüngster Zeit war dies einerseits das Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags 2009. Andererseits ist

es die Wirtschafts- und Finanzkrise, die seit 2008/09 die Haushalte fast aller EU-Staaten massiv unter Druck setzt. Die Debatten, die die Staats- und Regierungschefs im Rahmen der Euro-Rettung führen, erwähnen immer wieder die Vorteile einer vertieften politischen Union. Diese Vision einer politischen europäischen Einigung belebt die Idee der Europa-Armee.¹³

Politische und ökonomische Gründe für eine europäische Armee

Für die einen ist die europäische Armee ein Mittel, um die integrationspolitische Entwicklung in der EU um die fehlende sicherheitspolitische Dimension zu ergänzen. Diese ist bis heute weitgehend vom europäischen Einigungsprozess ausgenommen, weil Sicherheits- und Verteidigungspolitik nach dem Scheitern der EVG 1954 außerhalb der EG/EU bei NATO und WEU angesiedelt war. Auch die Gründung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) 1999 hat daran nicht viel geändert – sie ist weitgehend intergouvernemental organisiert und beschränkt sich auf Krisenmanagement. Ihre Erfolge sind umstritten.¹⁴ Dieser Ansatz betont die politische Dimension der europäischen Armee: Sie soll erlauben, den politischen Integrationsprozess zu vertiefen und auf alle Politikbereiche auszuweiten.

Für andere ist die Europa-Armee die funktionale Lösung eines ökonomischen Problems: Sie bietet eine Organisationsform, um die Streitkräfte effizienter zu gestalten. Gerade in Zeiten knapper Kassen scheint die europäische Integration der Streitkräfte eine Möglichkeit zu bieten, mit der die Staaten trotz schwindender Ressourcen militärische Handlungsfähigkeit erhalten können. Die Staaten könnten durch intensivierete Zusammenarbeit, z.B. durch gemeinsame Rüstungsbeschaffung und Nutzung von Gerät, Einsparungen erzielen. Die politische Dimension spielt in diesen Überlegungen eine untergeordnete Rolle.

Viel Interesse – aber wenig Debatten

So unterschiedlich die beiden Argumentationsstränge auch sein mögen, leiden sie doch an denselben Schwächen:

Die Befürworter legen sich selten auf eine bestimmte Struktur und Zusammensetzung einer solchen europäischen Armee fest. Intensität und Form der multinationalen Zusammenarbeit bleiben unklar. Soll es eine europäische Armee geben, in der alle nationalen Streitkräfte aufgehen, oder sollen nur einzelne Brigaden europäisiert werden? Sollen alle Ebenen von der Teilstreitkraft bis zum Zug integriert werden?

Die Umsetzung der Vision wird nicht ausbuchstabiert. Wie sollen die einzelnen Schritte aussehen, die zur europäischen

Armee führen? Wer muss welche militärischen, rechtlichen oder politischen Entscheidungen treffen? Und nicht nur für Deutschland muss geklärt werden, welche Rolle das Parlament dabei spielt.

Fast alle Äußerungen zielen bislang auf ein nationales Auditorium; die notwendige inereuropäische Debatte findet hingegen nicht statt. Dabei wäre es doch gerade in diesem Fall notwendig, mit den europäischen Partnern das Für und Wider zu analysieren. Denn der Aufbau einer europäischen Armee hängt nicht nur von einem, sondern von 27 bzw. bald 28 nationalen Entscheidungsträgern ab.

Die meisten Vorschläge sind nicht in ein politisches Programm und eine sicherheitspolitische Konzeption eingebettet. Wofür, wo und mit welchen Partnern soll eine solche europäische Armee eingesetzt werden?

Die Unterstützer sprechen in der Regel weder die Voraussetzungen an, die für den Aufbau einer europäischen Armee geschaffen werden müssten, noch die Folgen, die ihre Schaffung für die Staaten nach sich ziehen würde. Dabei hätte z.B. die Integration der Bundeswehr in einen europäischen Streitkräfteverband weitreichende Folgen für ihre Soldaten, aber auch für die Landkreise, in denen etwa Standorte geschlossen werden müssten, und für die Rüstungsindustrie, die die Bundeswehr ausrüstet; etwa dann, wenn sich die Staaten entschließen würden, im Rahmen der europäischen Zusammenarbeit

andere oder weniger Rüstungsgüter zu beschaffen.

Angesichts dieser zahlreichen Unklarheiten entsteht der Eindruck, dass sowohl für die Unterstützer als auch für die Gegner einer europäischen Armee das Spiel mit Assoziationen fast wichtiger ist als eine inhaltliche Debatte.

Tatsächlich provoziert die Idee der europäischen Integration im militärischen Bereich zuverlässig Reaktionen, die von eindeutiger Unterstützung bis zu deutlicher Ablehnung reichen. Insbesondere in Großbritannien weckt der Begriff parteiübergreifend negative Assoziationen, wie die eines föderalen EU-Staates, und Ängste, etwa vor dem Verlust der nationalen Befehlsgewalt. Die politische Dimension wird als Gefahr perzipiert, nicht als Gewinn.

Auch einige mitteleuropäische Länder bleiben kritisch. Bei aller Unterstützung für das europäische Projekt befürchten sie, dass der Aufbau einer europäischen Armee die NATO schwächen und die USA brüskieren könnte – und sie damit ihre Sicherheit nicht stärken, sondern letztendlich aufs Spiel setzen würden.

Die Gegenstimmen stellen den wirtschaftlichen Nutzen nicht per se in Frage. Sie ziehen aber in Zweifel, dass die europäischen Staaten eine Europaarmee derzeit überhaupt aufbauen können. Sie kritisieren die Abgabe von nationaler Souveränität, die mit dem Aufbau einhergehen würde, und bezweifeln

darüber hinaus, dass die Staaten überhaupt dazu bereit sind. Sie warnen vor dem Verlust nicht nur der Eigenständigkeit, sondern auch der nationalen Traditionen. Sie bezweifeln, dass eine europäische Armee aufgrund der nationalen Unterschiede militärisch die Schlagkraft einer nationalen Armee erreichen könnte, und befürchten, dass die Staaten deren Einsatz auf politischer Ebene durch Meinungsverschiedenheiten blockieren würden.

Die Aussichten scheinen gering, dass die europäischen Staaten in den oben genannten vier Bereichen in absehbarer Zeit eine Einigung erzielen und gemeinsam voranschreiten. Aber einige Entwicklungen der letzten Jahre deuten darauf hin, dass die Chancen gut stehen, die militärische Zusammenarbeit in Europa schrittweise zu intensivieren und den Aufbau einer europäischen Armee zumindest als Fernziel anpeilen zu können.

Erstens arbeiten die europäischen Länder schon seit Langem im Einsatz gut zusammen. Im Rahmen der GSVP haben die Staaten mittlerweile acht militärische Operationen durchgeführt.¹⁵ Weitere sind in Planung. Beispiele sind die laufenden Operationen ATALANTA am Horn von Afrika und ALTHEA in Bosnien oder zuvor die Einsätze in der Demokratischen Republik Kongo (Atemis 2003, EUFOR RD Congo 2006).

Auch außerhalb der EU, nämlich in der NATO, arbeiten die europäischen Streitkräfte im Einsatz zusammen, etwa in Afghanistan im Rahmen der ISAF oder 2011 in

Libyen in der Operation Unified Protector. Die NATO ist zwar ein anderer Organisationsrahmen. Aber letztendlich sind es dieselben Truppenteile, die heute unter EU-Label in der Operation Atalanta und morgen unter NATO-Label in der Operation Ocean Shield zusammenarbeiten („single set of forces“). Was zählt, ist die Erfahrung des gemeinsamen Handelns und der Interoperabilität im Einsatz.

Zweitens haben die vergangenen Jahre und jüngst die Finanzkrise gezeigt, dass staatliche Souveränität, die auf Autonomie aufbaut, illusorisch ist. In der globalisierten Welt, in der wichtige Entwicklungen – etwa die Finanzkrise – nicht an Staatsgrenzen Halt machen, kann ein Staat allein wenig ausrichten. Zudem kann kein Staat allein grenzüberschreitende sicherheitspolitische Herausforderungen, wie Terrorismus oder fragile Staaten, bewältigen. Angesichts der im Rahmen der Finanzkrise sinkenden Verteidigungshaushalte ist auch kein Land mehr in der Lage, allein die notwendigen militärischen Fähigkeiten für Sicherheits- und Verteidigungspolitik bereitzustellen, seien es Schiffe, Munition, oder Flugzeuge.¹⁶

Souveränität, verstanden als Selbstbestimmung und Handlungsfähigkeit, können die Staaten also in vielen Fällen nur noch durch

eine kontrollierte Abgabe bzw. Teilung von Souveränität bewahren, indem sie ihre individuell begrenzten Kapazitäten zusammenlegen und gemeinsam nutzen. Tatsächlich können die EU-Staaten schon heute oft nur dann eine Operation entsenden, wenn sie ihre Fähigkeiten, sei es Personal oder Ausrüstung, vereinen. Auch das hat die Libyen-Operation 2011 verdeutlicht.

Drittens erwarten die USA, dass die Europäer in Europa mehr sicherheitspolitische Verantwortung übernehmen. Einerseits sind die USA stark von der Finanzkrise betroffen und reduzieren im Rahmen ihrer Sparprogramme auch den Verteidigungshaushalt. In den kommenden zehn Jahren soll das Pentagon 487 Mrd. Dollar einsparen.¹⁷

Die USA bleiben zwar die weltweit größte Militärmacht. Sie wollen aber zunehmend Prioritäten setzen, wo sie aktiv werden wollen.

Andererseits verlagert sich aus amerikanischer Sicht das politische, wirtschaftliche und sicherheitspolitische Weltgeschehen nach Asien. Europa verliert für sie an Bedeutung. Die US-Strategiedokumente der letzten Jahre (z.B. die Nationale Sicherheitsstrategie 2010, die Quadrennial Defense Review 2010, die Nationale Militärstrategie 2011) verdeutlichen, dass diese globale Machtverschiebung – weg vom Atlantik, hin zum

Souveränität, verstanden als Selbstbestimmung und Handlungsfähigkeit, können die Staaten also in vielen Fällen nur noch durch eine kontrollierte Abgabe bzw. Teilung von Souveränität bewahren.

in Europa mehr sicherheitspolitische Verantwortung übernehmen. Einerseits sind die USA stark von der Finanzkrise betroffen und reduzieren im Rahmen ihrer Sparprogramme auch den Verteidigungshaushalt. In den kommenden zehn Jahren soll das Pentagon 487 Mrd. Dollar einsparen.¹⁷

Pazifik – zunehmend die US-Politik leitet. Europa hingegen wird sicherheitspolitisch als stabile Region angesehen, die für ihre Sicherheit selbst sorgen kann.¹⁸

In der Praxis manifestieren sich diese Entwicklungen z.B. in einer, wenn auch zunächst geringen, Verlagerung der US-Streitkräfte. Die USA reduzieren ihre militärische Präsenz in Europa. Gleichzeitig kündigte das Pentagon an, dass es bis 2020 ca. 60% der US-Kriegsschiffe in Asien stationieren will, derzeit sind es 50%.¹⁹ Die US-Regierung hat mehrfach betont, dass die USA mehr Einsatz von den europäischen Verbündeten erwarten.²⁰ Die geringe Beteiligung der USA am Libyeneinsatz 2011 zeigt, dass die USA diese Linie auch umsetzen. Die Europäer werden also mehr Verantwortung übernehmen müssen, vor allem in Europa.²¹

Viertens suchen die europäischen Staaten derzeit nach Möglichkeiten, um Rationalisierungspotenziale im Verteidigungssektor freizusetzen. Eine Variante ist intensivierete Zusammenarbeit, von der Beschaffung bis zur Nutzung von militärischem Gerät. Diesen Ansatz verfolgen die Staaten derzeit im Rahmen von Pooling & Sharing (P&S) in der EU und unter dem Label „Smart Defense“ in der NATO. Durch gemeinsame Ausbildung, Anschaffung, Nutzung und Wartung von Gerät wollen sie sparen und so die Einschnitte in ihren Verteidigungshaushalten bewältigen, die sie infolge der Finanzkrise im Verteidigungsbereich vornehmen müssen.²² P&S und „Smart Defense“ bedeuten letztlich militärische Integration, teilweise

Aufgabe von Souveränität und damit einen Schritt in Richtung einer Streitkräfteintegration, die langfristig zur europäischen Armee führen kann.

Das Rationalisierungs- und Effizienzsteigerungspotenzial durch Zusammenarbeit ist in der EU in der Tat groß: Derzeit verwalten 27 EU-Verteidigungsminister etwa 1,6 Millionen Soldaten, von denen sie jedoch im Schnitt weniger als 10% in den Einsatz entsenden können. Außerdem ordern und kaufen sie bis zu 27 verschiedene Ausrüstungsgegenstände. So gibt es drei verschiedene europäische Kampflugzeug-Programme: Gripen, Eurofighter und Rafale. Zusätzlich nutzen einige europäische Staaten US-Modelle wie die F-16. Bei Panzern und Schiffen sieht es nicht besser aus.

Ein EU-Ministerium, das z.B. nur noch einen Panzer- oder Flugzeugtyp bestellt, würde nicht nur bei der Beschaffung, sondern auch im Betrieb substanzielle ökonomische Skaleneffekte erzielen können. Gleichzeitig stiege die Interoperabilität, wenn die Staaten gleiches Material nutzen. Zudem würden sich die Europäer auf dem weltweiten Rüstungsmarkt nicht mehr selbst Konkurrenz machen, wie es etwa 2012 geschah, als mit Rafale und Eurofighter zwei europäische Anbieter um einen indischen Auftrag konkurrierten.²³

Zusammengefasst bedeutet das also, dass einerseits die europäischen Staaten auf einer guten Basis der bereits praktizierten

Kooperation im Einsatz aufbauen können. Andererseits erhöhen internationale Entwicklungen den Druck auf die Staaten zusammenzuarbeiten, weil sie bestimmten Herausforderungen allein gar nicht mehr begegnen können.

► *III. Aktuelle Rahmenbedingungen*

Wenn die Staaten Initiativen für eine europäische Armee anstoßen wollen, sollten sie die Möglichkeiten nutzen, die aktuelle Entwicklungen bieten: insbesondere Neuerungen auf EU-Ebene, die Dynamik und Auswirkung der Finanzkrise und die politischen Rahmenbedingungen in Europa.

Europäische Entwicklungen: Die ungenutzte Chance des Lissabon-Vertrags und das Engagement der Kommission

Der Vertrag von Lissabon birgt zahlreiche Bestimmungen, die die Staaten nutzen können, um die Integration im Verteidigungsbereich voranzubringen. So ruft die neue Solidaritätsklausel die Mitgliedstaaten im Fall eines Terrorangriffs oder einer Katastrophe zu gemeinsamem Handeln auf. Die neue Beistandsklausel fordert Beistand im Falle eines bewaffneten Angriffs auf das Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaates. Die Besonderheiten der nationalen Verteidigungspolitik und die

Zugehörigkeit zur NATO bleiben davon unberührt. Auch bestimmt jeder Staat über Art und Umfang seiner Hilfe selbst.

Die Handlungsfähigkeit der EU soll zudem durch eine effizientere Bereitstellung und Nutzung der Ressourcen gestärkt werden. So soll die neu eingeführte Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (SSZ) helfen, die Selbstblockade der EU bei der Entwicklung militärischer Fähigkeiten zu überwinden, indem fähige und willige Staaten in einer vertieften Integration schneller voranschreiten können.²⁴ Das könnte zu einem Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten beim Aufbau der europäischen Armee führen. Sie wurde bislang allerdings nicht umgesetzt.

Der Lissabon-Vertrag verankert auch die schrittweise Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik. Die Regierungen haben dieses politische Einfallstor für eine europäische Armee aber bislang nicht genutzt.

Ein weiterer Fortschritt ist das Defence Package der Europäischen Kommission, das im Sommer 2011 in Kraft getreten ist. Es umfasst zwei Direktiven, die eine Harmonisierung der rechtlichen Rahmenbedingungen für Beschaffung und Transfer militärischer Güter vorsehen.²⁵ Damit wird der Einfluss der Staaten im Rüstungssektor eingeschränkt. Es ist ein Schritt in Richtung eines gemeinsamen europäischen Rüstungsmarkts.

Die Finanzkrise als Möglichkeit

Auch die Finanzkrise und der damit einhergehende Spardruck eröffnen neue Möglichkeiten. Die Staaten können dies als Anlass nehmen, die zahlreich existierenden kleinteiligen militärischen Kooperationsformen zu institutionalisieren und zusammenzuführen.

Seit Beginn der Finanzkrise 2008/2009 haben fast alle europäischen Staaten Sparprogramme im Verteidigungsbereich beschlossen. Während große Staaten, wie Großbritannien, ca. 8% einsparen wollen, planen mittlere und kleine Staaten, wie Bulgarien oder Litauen, Einschnitte von 10-30%.²⁶ Einige Länder bauen ganze Teilbereiche ihrer Streitkräfte ab: Die Niederlande haben ihre Panzer abgeschafft, Großbritannien stellte seinen Flugzeugträger außer Dienst. Der Trend wird sich fortsetzen, denn Wirtschaftsprognosen zufolge werden die europäischen Staaten noch lange mit den Folgen der Finanzkrise zu kämpfen haben.

Wie schlecht es um die militärische Handlungsfähigkeit der europäischen Staaten steht, hat der Libyeneinsatz 2011 verdeutlicht. Ohne die militärischen US-Beiträge, wie Aufklärungsfähigkeiten, Zielbestimmung, aber auch Munition hätten die Europäer ihn kaum bestreiten können. Der ehemalige US-Verteidigungsminister Robert Gates warnte die Europäer deshalb vor »kollektiver militärischer Irrelevanz«.²⁷

Doch die ersten Reaktionen der Staaten auf die Finanzkrise zeigen, wie stark nationale Präferenzen sind, wie wenig Gemeinsamkeit im Denken und Handeln besteht und dass

Seit Beginn der Finanzkrise 2008/2009 haben fast alle europäischen Staaten Sparprogramme im Verteidigungsbereich beschlossen.

Europa nicht der primäre Referenzpunkt für viele Staaten ist. Denn diese haben auf den Einspardruck zunächst mit nationalen Sparprogrammen reagiert, ohne den Austausch mit ihren EU-Partnern zu suchen und ohne mög-

liche Folgen ihrer Entscheidungen für ganz Europa zu bedenken: Sie haben sicherheitspolitische Verantwortung vor allem national verstanden, nicht gegenüber Europa.

Tatsächlich haben die EU-Staaten erst nach einer ersten Kürzungswelle begonnen, im Rahmen der EU und der NATO den Austausch zu suchen. Daraus resultierte die Entwicklung der Pooling & Sharing Initiative in der EU und von „Smart Defence“ in der NATO.²⁸ Im Rahmen dieser Initiativen wollen die Staaten durch Priorisierung (welche Fähigkeiten sind unabdingbar?), Spezialisierung (welche Staaten bzw. Staatengruppen könnten welche Aufgaben übernehmen? – eine Art innereuropäische Arbeitsteilung) und Kooperation im Bereich militärischer Fähigkeiten trotz knapper Kassen ihre Handlungsfähigkeit aufrecht erhalten.

Das bekannteste Beispiel ist der französisch-britische Vertrag von 2010 (Lancaster House Treaty), der eine weitreichende Zusammenarbeit von Forschung und Entwicklung bis hin zu den nuklearen Fähigkeiten vorsieht.²⁹ Die von Deutschland und Schweden 2010 angestoßene Ghent-Initiative will die Staaten dazu motivieren, auf EU-Ebene neue Möglichkeiten des Pooling & Sharing auszuloten. Andere Beispiele sind die Zusammenarbeit in der Northern Defence Cooperation (Nordefco: Dänemark, Finnland, Schweden, Norwegen, Island) oder der Visegrad Four (Polen, Tschechien, Ungarn, Slowakei).³⁰

Diese verschiedenen „Inseln der Zusammenarbeit“ sind jedoch nur unzureichend europäisch koordiniert. Die Europäische Verteidigungsagentur, die eigentlich die EU-Staaten in ihren Bemühungen um die Verbesserung der Verteidigungsfähigkeiten der EU unterstützen und Zusammenarbeit organisieren soll, versucht gerade erst, die verschiedenen Initiativen auf europäischer Ebene zu koordinieren, um deren Potenzial zu nutzen. Doch die EU-Staaten nutzen die Institutionen der EU nur wenig.

Der Erfolg der Pooling & Sharing-Initiativen scheint zudem bislang begrenzt, weil die Staaten den Preis ehrgeiziger Zusammenarbeit scheuen: den Verlust nationaler Souveränität.³¹ Tatsächlich erkennen die Staaten nur zögerlich an, dass sie nur noch gemeinsam und europäisch, handlungsfähig sind. Somit unterstreicht die Finanzkrise zwar die Notwendigkeit der Kooperation, denn kein Staat ist mehr fähig, die notwendige

Bandbreite an Kapazitäten für militärische Handlungsfähigkeit allein bereitzustellen. Doch die reservierte Reaktionen der Staaten verdeutlichen, wie weit entfernt eine europäische Einheit noch ist.

Zudem beschränken sich die genannten Initiativen auf die Fähigkeitsebene. Sie können im besten Fall die Interoperabilität von Staatengruppen verbessern, die Handlungsfähigkeit dieser Gruppen in Sparzeiten erhalten und bei Erfolg als Vorbild für andere Staaten dienen. Sie verfolgen jedoch kein politisches Ziel. Die einzige Initiative, die die militärische Zusammenarbeit auch in einen sicherheitspolitischen Rahmen einordnet, ist die des Weimarer Dreiecks (Polen, Frankreich, Deutschland; bzw. Weimar Plus mit Spanien und Italien).

Die GSVP-Initiative des Weimarer Dreiecks

In ihrer 2010 lancierten Initiative zur Stärkung der GSVP haben Polen, Deutschland und Frankreich den Aufbau einer europäischen Armee als Endziel angedeutet. Sie wollen so die beiden Logiken einer europäischen Armee – politische Einigung und militärische Effizienz – verbinden.

Die drei Weimar-Staaten schlagen vor:

1. die militärischen Krisenreaktionskräfte „Battlegroups“ in zivil-militärische Einsatzverbände zur schnellen Krisenreaktion weiterzuentwickeln,

2. ein permanentes integriertes zivil-militärisches Hauptquartier (EUHQ) zur Planung und Führung zivil-militärischer EU-Operationen aufzubauen,
3. die EU-NATO-Beziehungen durch konkrete Projekte wiederzubeleben und gemeinsam auf EU-Ebene militärische Fähigkeiten zu entwickeln.³²

Die Weimar-Staaten unterbreiteten ihre Ideen Ende 2010 in einem gemeinsamen Brief an die Hohe Vertreterin (HV) Catherine Ashton. Diese begrüßte die Initiative und beauftragte den Europäischen Auswärtigen Dienst, Vorschläge für die Umsetzung zu entwickeln.³³ Im Juli 2011 legte die HV einen GSVP-Bericht vor, in dem sie die Weimar-Ideen weitgehend aufnahm.³⁴

Zwar stimmte Großbritannien gegen das geplante Hauptquartier, eine der Hauptideen der Weimar-Initiative. Damit scheiterte der Vorschlag vom Juli 2011. Gleichzeitig ist aber die kontinental-europäische Unterstützung für das Weimar-Projekt bemerkenswert. Einige Jahre zuvor, 2003, als die Benelux-Staaten auf dem so genannten Pralinen-Gipfel vergleichbare Ideen propagierten, hatten diese noch breiten Widerstand hervorgerufen.³⁵

Besondere Hoffnungen, die Ideen umzusetzen, ruhten auf Polen, das während seiner EU-Ratspräsidentschaft 2011 die Weimar-Initiative voranbringen wollte.³⁶ Zwar erhielt das Weimarer Dreieck im Laufe des Jahres 2011 Unterstützung durch Spanien und Italien, die sich den Forderungen

offiziell anschlossen (Weimar Plus). Daraus resultierte ein gemeinsames Schreiben der fünf Staaten an die Hohe Vertreterin im September 2011. Letztendlich konnte jedoch die polnische Ratspräsidentschaft keine substanziellen Fortschritte verzeichnen.

Tatsächlich vererbte der anfängliche Enthusiasmus der Initiative schnell. Dies lag vor allem an den schwierigen Rahmenbedingungen: Ende 2010 schlossen Frankreich und Großbritannien ihren bilateralen Vertrag zur Verteidigungskooperation, den viele EU-Staaten als Zeichen ansahen, dass sich Frankreich von der EU abwendet. Frankreich legte die Weimar-Initiative vorübergehend auf Eis, um die Beziehungen zum GSVP-kritischen London nicht zu gefährden.

Die engen britisch-französischen Beziehungen vor und während des Einsatzes in Libyen, die deutsche Enthaltung in gleicher Angelegenheit und die unbedeutende Rolle der GSVP während der Libyenkrise haben den Einfluss und die Glaubwürdigkeit des Weimarer Dreiecks und der GSVP zusätzlich geschwächt.

Schließlich dominiert zunehmend die Wirtschafts- und Finanzkrise die öffentlichen Debatten. Einerseits schien vielen Entscheidungsträgern die Euro-Rettung wichtiger als die Weiterentwicklung der GSVP. Andererseits verlangten die mit der Finanzkrise einhergehenden Sparprogramme von den Staaten, nach Lösungen zu suchen, wie sie trotz schwindender Finanzen militärische

Handlungsfähigkeit erhalten können. Aus dieser Perspektive schienen die institutionelle Verfeinerung der GSVP und die politische Untermauerung, auf die einige Weimar-Vorschläge abzielten, zunächst weniger wichtig. Die Debatte um Pooling & Sharing hatte für viele Staaten nun größere Priorität.

Die neue französische Regierung - Rückkehr nach Europa ?

Die politische Gemengelage hat sich mit der Wahl des sozialistischen Präsidenten François Hollande im Mai 2012 erneut verändert. Nach der erratischen GSVP-Politik seines Vorgängers hat François Hollande während des Wahlkampfs die Hoffnung genährt, im Bereich der Verteidigung eine klare pro-europäische Linie zu vertreten. Verschiedene Aussagen von ihm selbst, von Außenminister Fabius und Verteidigungsminister Le Drian unterstützen den Eindruck, dass sich Frankreich wieder mehr für die GSVP einsetzen wird, dem „Europe de la défense“ Priorität einräumen möchte und dem Weimarer Dreieck dabei eine tragende Rolle zuspricht.³⁷

Doch während Präsident Hollande in der Innenpolitik bereits mehrere Entscheidungen getroffen hat, bleiben seine Engagements im Bereich Verteidigung und Europa bislang weitgehend auf der rhetorischen Ebene. Auf Entscheidungen muss vermutlich bis Anfang 2013 gewartet werden, wenn das neue Weißbuch der Verteidigung vorliegt und die Regierung die wichtigsten innenpolitischen

Projekte, die klar Priorität genießen, auf den Weg gebracht hat.

Das neue Weißbuch wird ein erster Test für die Bedeutung sein, die Frankreich Europa beimisst. Es soll die Bedrohungen und strategischen Prioritäten für Frankreich in den kommenden 15 Jahren definieren und legt damit die Grundlage für die künftige französische Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Im Juli 2012 beauftragte Präsident Hollande eine Kommission unter dem Vorsitz des französischen Spitzendiplomaten Jean-Marie Guéhenno mit der Erarbeitung.³⁸ Bemerkenswert ist, dass zum ersten Mal Vertreter europäischer Partner in der Kommission mitarbeiten.³⁹

Parallel zu der Weißbuch-Kommission arbeitete eine weitere Kommission unter dem ehemaligen Außenminister Hubert Védrine. Diese wurde noch von Hollandes Vorgänger Sarkozy einberufen. Mitte November 2012 legte sie ihren Abschlussbericht vor, in dem sie die Rückkehr Frankreichs in die NATO evaluiert und die Entwicklung der transatlantischen Beziehungen im kommenden Jahrzehnt analysiert. Die Weißbuch-Kommission soll die Ergebnisse dieser NATO-Kommission zur Kenntnis nehmen.

Da auch Frankreich aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise Einschnitte im Verteidigungsbereich vornehmen muss, soll das Weißbuch durch eine klare Prioritätensetzung und durch die Definition des französischen Ambitionsniveaus diese

Entscheidungen leiten und untermauern: Es wird die Grundlage für das nächste militärische Planungsgesetz (Loi de Programmation militaire) bilden, das die Ausgaben für 2014-2019 definiert.

Bemerkenswert sind darüber hinaus drei Entscheidungen, die Präsident Hollande in den ersten Wochen seiner Amtszeit getroffen hat: erstens, den exklusiven französisch-britischen Lancaster House Treaty für weitere Staaten, darunter Deutschland, zu öffnen. Eine solche Öffnung war vor den Wahlen undenkbar.⁴⁰

Zweitens schlossen Deutschland und Frankreich im Juni 2012 ein Abkommen zur Rüstungszusammenarbeit. Obwohl es keine substanziell neuen Ideen beinhaltet, enthält das Abkommen eine detaillierte Liste mit Kooperationsmöglichkeiten. Es unterstreicht das große Interesse Frankreichs an einer bilateralen Zusammenarbeit mit Deutschland, die dem Lancaster House Abkommen vergleichbar wäre.⁴¹ Mit der Zusammenarbeit im Bereich Drohnen nimmt es im Übrigen ein Thema des Lancaster House Treaty auf.

Das Abkommen verdeutlicht auch, dass sich Deutschland gegenüber dieser bilateralen Zusammenarbeit, für die Paris seit Langem wirbt, zunehmend offen zeigt. Frankreich

wird in den kommenden Jahren drastische Einschnitte in seinem Verteidigungsbereich vornehmen müssen. Kooperationsprojekte werden also notwendig sein, um trotzdem militärisch handlungsfähig zu bleiben.⁴² Während Großbritannien militärisch der Traumpartner ist, weil beide Staaten ähnliche strategische Kulturen haben, bleibt Deutschland der politische Wunschpartner, weil beide Staaten ähnliche Vorstellungen von der politischen Ordnung in Europa haben.

Es bleibt abzuwarten, inwiefern das Scheitern der Fusion von BAE Systems und EADS die bilateralen deutsch-französischen Beziehungen belasten und ihre Funktion als Trendsetter in Europa unterminieren wird.

Drittens unterstützte Präsident Hollande die Fusion der beiden großen europäischen Rüstungsunternehmen BAE Systems und EADS, die im Oktober 2012 scheiterte. Die Fusion wäre ein wichtiger Schritt für die Konsolidierung der europäischen Rüstungsindustrie in Europa (und nicht außerhalb) gewesen, für eine deutsch-französische Führungsrolle im Europa der Verteidigung, und ein klares Bekenntnis für eine europäische Lösung der aufgrund der sinkenden Aufträge in Bedrängnis kommenden Unternehmen in Europa. Es bleibt abzuwarten, inwiefern das Scheitern dieses Unterfangens die bilateralen deutsch-französischen Beziehungen belasten und ihre Funktion als Trendsetter in Europa unterminieren wird.

► *IV. Drei Entwicklungsszenarien für den Weg zu einer europäischen Armee*

Doch selbst wenn die Vorteile einer europäischen Armee bekannt sind, stellt sich die Frage, welche Entwicklung angesichts der derzeitigen politischen Rahmenbedingungen möglich und welche wahrscheinlich ist.

Drei Szenarien sind derzeit vorstellbar. Sie beschreiben die minimalen und die maximalen Integrationsformen, die die Staaten in den kommenden Jahren im militärischen Bereich vereinbaren könnten.

Szenario 1 Graduelle Entwicklung im Rahmen intergouvernementaler Zusammenarbeit führt zu militärischer Integration - aber nicht zu einer Europa-Armee

In diesem Szenario bleiben politische und militärische Integration voneinander abgekoppelt. Die Lücke zwischen der öffentlichen Betonung der Bedeutung militärischer Integration und der geringen tatsächlichen Bereitschaft der Staaten, diese politisch zu unterstützen, materiell auszustatten und umzusetzen, bleibt bestehen. Die europäischen Staaten sind sich zwar der Möglichkeiten bewusst, die eine vertiefte Zusammenarbeit

im militärischen Bereich bietet. Sie sind jedoch nicht bereit, die dafür notwendigen politischen Entscheidungen zu treffen und nationale Souveränität abzugeben.

Die Staaten und die Hohe Vertreterin werden graduelle Verbesserungen anstoßen. Diese bewegen sich jedoch weitgehend im Rahmen intergouvernementaler Zusammenarbeit. Das bedeutet eine vertiefte Zusammenarbeit der EU-Staaten, ohne Abgabe von Souveränität. Die Staaten werden vermehrt bilaterale Formen der Zusammenarbeit aufbauen, etwa gemeinsame Ausbildungszentren oder Zusammenarbeit bei der Wartung. Dies bringt zwar graduelle Fortschritte, deren Reichweite bleibt aber begrenzt, da die politische Untermauerung fehlt.

Die Staaten würden so die bislang übliche militärische Zusammenarbeit fortsetzen, die sie mit der GSVP 1999 begonnen haben. Beispiele dafür sind die schnellen Krisenreaktionsverbände der EU und die multilateralen EU-Battlegroups. Sie könnten bis zu einem gewissen Grad als Nukleus einer europäischen Armee fungieren, denn hier haben die EU-Staaten in begrenztem Rahmen eine intensive Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen geübt, etwa bei der Führungsfähigkeit.⁴³

Da die Staaten jedoch Wehrrecht, Ausrüstung etc. bei den EU-Battlegroups nicht europäisiert bzw. harmonisiert haben, kann dieses Instrument nicht als Blaupause für eine EU-Armee dienen. Die Einheiten, die

die Staaten der EU für den Aufbau einer Battlegroups zur Verfügung stellen, unterstehen weiterhin nationalem Wehrrecht, arbeiten mit ihrer spezifischen Ausrüstung und unterliegen ihren Einsatzregeln.

Das Ergebnis einer solchen Entwicklung wäre also keine vollständig integrierte europäische Armee, sondern lediglich einzelne europäische Einheiten, die parallel zu den nationalen Einheiten existieren.

Szenario 2

Gruppenbildung: Mehrere kleine europäische Regionalarmeen, aber keine Europa-Armee

Die EU-Staaten befürchten, dass eine Einigung auf eine europäische militärische Integration mit 27 Staaten in absehbarer Zukunft nicht machbar sein wird. Sie entscheiden sich deshalb, das 27-Format zu verlassen und in kleineren Gruppen enger zusammenzuarbeiten.

Die Staaten hoffen, durch Fortschritte in Gruppenformaten ihre eigene Einsatzfähigkeit zu verbessern, Ressourcen besser zu nutzen und sich nicht von weniger engagierten Ländern aufhalten zu lassen. Sie versuchen, die militärische Zusammenarbeit sowohl außerhalb des EU-Rahmens (Nordefco, Lancaster House Treaty) als auch innerhalb der EU (Weimarer Dreieck, Visegrad 4) zu vertiefen. Eine Möglichkeit bietet die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit.

Eine solche Flexibilisierung könnte regional (Nordische Staaten, Benelux, Weimar) oder thematisch (z.B. Logistik, Pilotenausbildung, Nutzergruppen von Ausrüstungsgütern) organisiert sein. Mehrere Gruppen könnten parallel existieren.

Dieser Ansatz schreibt den aktuellen Trend in der EU fort: Die Staaten verfolgen regionale Ansätze mit begrenzter Teilnehmerzahl. Zahlreiche Kooperationsformate existieren nebeneinander, überlappen sich teilweise, sind aber auf EU-Ebene nur unzureichend koordiniert. Es wäre eine militärische Zusammenarbeit ohne politisches Dach.

Diese Entwicklung erlaubt den beteiligten Staaten zwar, sich leichter auf Prioritäten und Mittel zu einigen, schneller Fortschritte zu erzielen und damit, zumindest vorübergehend, die militärische Handlungsfähigkeit zu sichern. Langfristig werden die kleinen Staatengruppen jedoch nicht in der Lage sein, ausreichend finanzielle Mittel für neue Ausrüstung und Entwicklung bereitzustellen. Politisch schwächt eine solche Flexibilisierung die EU, da die Gruppen unter geringer politischer Legitimität bei hohen finanziellen Kosten leiden, wenn z.B. ein Einsatz zustande kommt. Die ungleiche politische und finanzielle Arbeits- und Lastenteilung räumt solchen Formaten langfristig geringe Überlebenschancen ein.

Szenario 3

Vergemeinschaftung: Der große Sprung zur Politischen Union mit eigener Europa-Armee

In diesem Szenario wären politische und militärische Logik verbunden. Die Mitgliedstaaten sprechen sich für die EU als zentralem Forum ihres sicherheitspolitischen Handelns aus. Diese Entwicklungsoption setzt eine Politische Union voraus, denn sicherheitspolitische Zielsetzungen sind losgelöst von anderen politischen Zielen nicht plausibel. Die Staaten einigen sich also auf das Fernziel einer Politischen Union mit sicherheitspolitischen Vollmachten und beschließen die dafür notwendigen Schritte: Sie erarbeiten eine gemeinsame Sicherheitsstrategie, die eine Einigung über die sicherheitspolitischen Instrumente beinhaltet. Sie übersetzen ihre sicherheitspolitischen Ziele in eine Militärstrategie. Sie akzeptieren, ihre Souveränität zu beschränken, indem sie die Entscheidung über Ziele, Mittel und konkrete Einsätze auf die EU-Ebene zur Hohe Vertreterin verlagern und dem Europäischen Parlament Mitbestimmungsrechte einräumen. Sie klären die Aufgabenteilung mit der NATO.

Dieser supranationale Weg zu einer europäischen Armee beschreibt eine Vergemeinschaftung, also die Übertragung nationaler Befugnisse auf die EU-Ebene. Überträgt man dieses Prinzip auf die Streitkräfte, entsteht eine einheitliche europäische Armee mit einheitlicher Basis (Wehrrecht, Einsatzregeln etc.), mit europäischen Führungsstrukturen

(europäisches Hauptquartier) unter europäischer politischer Führung, die nicht mehr von den Entscheidungen einzelner europäischer Staaten abhängig wäre.

Drei Modelle der parlamentarischen Kontrolle sind vorstellbar. Erstens die Kontrollfunktion durch das Europäische Parlament. Ein Parlamentsvorbehalt vergleichbar dem, der in Deutschland besteht, ist jedoch unwahrscheinlich, da er in den meisten Ländern nicht existiert. Zweitens ein zweistufiges Verfahren, in dem die Mehrheit der nationalen Parlamente und die Mehrheit des Europaparlaments notwendig wären, um eine Mission zu entsenden. Die nationalen Parlamente behielten damit eine Rolle in der Sicherheitspolitik. Drittens eine Versammlung aller nationalen Parlamente. Wenn alle Parlamente vertreten wären, könnte eine solche parlamentarische Versammlung auch ohne das Europäische Parlament Einsätze beschließen.

Fazit: Eine Europa-Armee ist noch nicht in Sicht

Das erste Szenario einer Fortführung und leichten Verbesserung des Status Quo ist angesichts des bisherigen Verhaltens der Staaten am wahrscheinlichsten. Denkbar ist auch eine teilweise Koexistenz der EU-weiten intergouvernementalen Zusammenarbeit mit regionalen supranationalen Integrationsinseln. Die beiden Entwicklungen sind, zumindest übergangsweise, komplementär. So

wie EU-Institutionen neben nationalen in anderen Bereichen bestehen, ist auch eine Koexistenz nationaler Armeen und erster Avantgarde-Truppen einer europäischen Armee vorstellbar.

Die intergouvernementale Zusammenarbeit wird jedoch auf absehbare Zeit dominant bleiben. Der Verteidigungsbereich ist der letzte Bereich traditioneller staatlicher

Souveränität, nachdem die Staaten die Hoheit über die Grenzen (Schengen-Abkommen) und über die Währung (Euro) an die europäische Ebene abgegeben haben. In diesem Kernbereich staatlicher Souveränität – Einsatz militärischer Gewalt und nationale Verteidigung – wollen die Staaten die Abgabe von Souveränität begrenzen. Zudem hindern juristische Bestimmungen mehrere Staaten, über die intergouvernementale Grenze hinauszugehen. Im Falle Deutschlands hat das Bundesverfassungsgericht 2009 in seinem Urteil zum Lissabon-Vertrag entschieden, dass die Übertragung der Entsendebefugnis des Bundestages an eine europäische Instanz, die mit der Einrichtung einer europäischen Armee einhergehen würde, die Grenze der Integration zum europäischen Bundesstaat überschreitet. Folglich würde dieser Schritt eine Volksabstimmung notwendig machen.⁴⁴

Die intergouvernementale Zusammenarbeit wird jedoch auf absehbare Zeit dominant bleiben. Die Verteidigung ist der letzte Bereich traditioneller staatlicher Souveränität.

Ein „weiter so“, wie in der ersten Option beschrieben, ist zwar sowohl finanziell als auch hinsichtlich der Handlungsfähigkeit und der internationalen Verantwortung keine optimale Option. Die aktuellen Debatten, etwa um den Euro, verdeutlichen jedoch, dass das politische Projekt Europa mehr denn je in Frage gestellt wird. Die Intervention in Libyen 2011 hat

gezeigt, dass eine Einigung auf den Handlungsrahmen EU derzeit genauso schwierig zu erreichen ist, wie eine gemeinsame Lesart der sicherheitspolitischen Bedrohungen und eine Einigung auf die Mittel, mit denen ihnen begegnet werden soll. In dem beschriebenen Szenario wird eine europäische Sicherheitspolitik mit eigener Armee also auf absehbare Zeit nicht zustande kommen. Der dafür notwendige politische Wille zum Strukturwandel ist derzeit nicht vorhanden.

► *V. Ausblick: Pragmatismus und Leadership*

Aus den bisherigen Entwicklungen lassen sich zwei Schlussfolgerungen ziehen. Erstens sind revolutionäre Integrationsansätze in der Sicherheitspolitik nahezu aussichtslos, da die Länder diesen Bereich stark mit staatlicher Identität und Souveränität assoziieren. Daran hat sich seit 1954 wenig geändert. Wollen die EU-Staaten ihre

militärische Zusammenarbeit vertiefen, müssen sie pragmatisch vorgehen, nicht revolutionär. Dieses pragmatische Vorgehen hat sich bewährt. Die Entwicklung der EU-Battlegroups hat gezeigt, dass konkrete Projekte eine größere Akzeptanz finden als weitreichende symbolträchtige Entwürfe für das Endstadium der europäischen Einigung.

Zweitens müssen Staatengruppen, wenn sie das Ziel einer verstärkten militärischen Integration und politischen Union verfolgen wollen, Führung übernehmen. Das bedeutet, dass sie den europäischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess dirigieren, politische Regeln und Ziele festlegen und diese auch jenseits der rhetorischen Ebene durchsetzen. Sie müssen die anderen Staaten auf dem Weg zu ihrem Ziel zusammenführen, das Ziel langfristig und stetig verfolgen, Entwicklungen steuern, Verantwortung für die Umsetzung übernehmen und mit beispielhaftem Verhalten vorgehen. Hier kann das Weimarer Dreieck, gestärkt durch eine engagierte neue französische Regierung, eine wichtige Rolle übernehmen.



Anmerkungen

- ▶ ¹ *Koalitionsvertrag von CDU, CSU und FDP*, Berlin 2009; <<http://www.cdu.de/portal2009/29145.htm>>

- ▶ ² Siehe z.B. das Interview mit Guido Westerwelle, »Die großartige Idee Europas ist in Gefahr«, in: *Passauer neue Presse*, 21.6.2012; »Frattini: Il faut créer une armée européenne«, in: *Le Figaro*, 8.4.2010; Sigmar Gabriel, *Rede bei den 8. Petersberger Gesprächen*, 12.03.2012, <www.spd.de/aktuelles/Pressemitteilungen/69212/20120310_rede_sigmar_petersberg.html>; Kaldrack, Gerd F./ Pöttering, Hans-Gert (Hg.), *Eine einsatzfähige Armee für Europa*, Baden-Baden 2011; *Abschlussbericht der Gruppe zur Zukunft Europas der Außenminister Belgiens, Dänemarks, Deutschlands, Frankreichs, Italiens, Luxemburgs, der Niederlande, Österreichs, Polens, Portugals und Spaniens*, 17.09.2012, <www.auswaertiges-amt.de/DE/Europa/Aktuell/120918-Zukunftsgruppe_Warschau_node.html>.

- ▶ ³ René Pleven, *Rede vor der Nationalversammlung*, 24.10.1950, Auszug <www.fransamalingvongesau.com/documents/dl2/h6/2.6.1.pdf>; siehe auch Kanter, Arnold: »The European Defense Community in the French National Assembly: A Roll Call Analysis«, in: *Comparative Politics*, 2/1970 2, S. 203-228; Jean-Pierre, Maury, *La construction européenne, la sécurité et la défense*. Paris 1996.

- ▶ ⁴ Zu strategischer Kultur vgl. Meyer, Christoph O., *The Quest for a European Strategic Culture: Changing Norms on Security and Defence in the European Union*, Basingstoke 2006; Longhurst, Kerry, *Germany and the Use of Force: the Evolution of German Security Policy 1990-2003*, Manchester 2004; Giegerich, Bastian, *European Security and Strategic Culture. National Responses to the EU's Security and Defence Policy*, Baden-Baden 2006; Kirchner, Emil J./ Sperling, James (Hg.), *National Security Cultures: Patterns of Global Governance*, London 2010.

- ▶ ⁵ A Secure Europe in a Better World, European Security Strategy, Brüssel, 2003. Vgl. dazu ferner den Implementierungsbericht des Europäischen Rates: Report on the Implementation of the European Security Strategy. Providing Security in a Changing World, Brüssel, 11.12.2008 (S407/08).

- ▶ ⁶ Spanien, Zypern, Rumänien, die Slowakei und Griechenland erkannten die Unabhängigkeit des Kosovo nicht an und stellten sich gegen die Mehrheit der EU-Staaten.

- ▶ ⁷ Mölling, Christian/Brune, Sophie-Charlotte, *The impact of the financial crisis on European defence*, Study, Brussels, European Parliament, Subcommittee on Security and Defence, April 2011.

- ⁸ Mölling, Christian/Brune, Sophie-Charlotte/Dickow, Marcel, *Finanzkrise und Verteidigungskooperation*, SWP Arbeitspapier, Oktober 2010; Valasek, Tomas, *Surviving Austerity. The case for a new approach to EU military cooperation*, Centre for European Reform, 2011.
- ⁹ Art. 346 Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union.
- ¹⁰ Mölling, Christian: EADS und BAE - eine rüstungspolitische Bruchlandung, in: *Kurz gesagt*, Stiftung Wissenschaft und Politik, 12.10.2012, <www.swp-berlin.org/de/publikationen/kurz-gesagt/eads-und-bae-eine-ruestungspolitische-bruchlandung.html>.
- ¹¹ Major, Claudia: EUFOR RD Congo 2006, in: Grevi, Giovanni/Helly, Damien/Keohane, Daniel (Hg.), *European Security and Defence Policy: The first 10 years (1999-2009)*, Paris 2009, S. 311-323.
- ¹² Siehe Kirsch, Ulrich: »Kulturelle, rechtliche und soziale Unterschiede nationaler Streitkräfte: Hemmnisse für eine einsatzfähige Europa-Armee?«, in: Kaldrack, Gerd F./Pöttering, Hans-Gert (Hg.), *Eine einsatzfähige Armee für Europa*, Baden-Baden 2011, S. 476-487.
- ¹³ Vgl. dazu den Zwischenbericht der Außenministergruppe zur Zukunft Europas, 15.06.2012, <www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/620510/publicationFile/169568/120630_Zwischenbericht_Zukunftsgruppe.pdf>; „De Maizière fordert mehr Europa in der Verteidigungspolitik“, in: *Handelsblatt*, 03.02.2012; Sigmar Gabriel, *Rede bei den 8. Petersberger Gesprächen*, 12.03.2012; *Abschlussbericht der Gruppe zur Zukunft Europas der Außenminister Belgiens, Dänemarks, Deutschlands, Frankreichs, Italiens, Luxemburgs, der Niederlande, Österreichs, Polens, Portugals und Spaniens*, 17.09.2012, <www.auswaertiges-amt.de/DE/Europa/Aktuell/120918-Zukunftsgruppe_Warschau_node.html>; Guido Westerwelle, Radek Sikorski, *A New Vision of Europe*, in: *New York Times*, 17.09.2012.
- ¹⁴ Siehe Grevi, Giovanni/Helly, Damien/Keohane, Daniel (Hg.), *European Security and Defence Policy: The first 10 years (1999-2009)*, Paris 2009.
- ¹⁵ Siehe Europäischer Auswärtiger Dienst, <www.consilium.europa.eu/eeas/security-defence/eu-operations?lang=de>, Stand Juni 2012; für einen historischen Überblick siehe Grevi, Giovanni/ Helly, Damien/ Keohane, Daniel (Hg.), *European Security and Defence Policy*, op. cit.
- ¹⁶ Witney, Nick, *How to Stop the Demilitarization of Europe*, Policy Brief, Centre for European Reform, November 2011; Mölling, Christian, *Europa ohne Verteidigung*, Berlin: SWP-Aktuell November 2011; Valasek, Tomas, *Surviving Austerity*, op cit.
- ¹⁷ IISS Strategic Comments 18, 4/2012, S. 1-3; Siehe auch Thimm, Johannes, »Die Entwicklung des Verteidigungshaushaltes und der militärischen Fähigkeiten«, in: Stormy-Annika Mildner, Henriette Rytz, Johannes Thimm, *State of the Union*.

Innenpolitische und binnenwirtschaftliche Herausforderungen für die Führungsrolle der USA in der Welt, SWP Studie, Juli 2012, S. 33-49.

► ¹⁸ Major, Claudia, *Mehr Europa in der Nato. Die Allianz wandelt sich - die Europäer können diese Wandlung steuern*. SWP Aktuell, September 2012; Heisbourg, François/ Ischinger, Wolfgang/Robertson, George/Schake, Kori/Valasek, Tomas, *All alone? What US retrenchment means for Europe and NATO*, London: Centre for European Reform, März 2012.

► ¹⁹ Panetta, Leon: *Speech at the 11th IISS Asia Security Summit in Singapore*, Shangri-La Dialogue, 2.06.2012.

► ²⁰ Vgl. dazu Gates, Robert: *Reflections on the Status and of the Future of the Transatlantic Alliance*, Brüssel, 10.06.2011, <www.defense.gov/speeches/speech.aspx?speechid=1581>.

► ²¹ Major, Claudia/Becker, Sophia: »L'Otan: une européanisation par défaut«, in: *Revue Défense Nationale*, Juli 2012, S. 130-136; Heisbourg, François/ Ischinger, Wolfgang/ Robertson, George/ Schake, Kori/ Valasek, Tomas, *All Alone? What US retrenchment means for Europe and NATO*, op. cit.

► ²² Major, Claudia/Mölling, Christian/Valasek, Tomas, *Smart but too cautious: How NATO can improve its fight against austerity*, Policy Brief, Centre for European Reform, Mai 2012.

► ²³ Dickow, Marcel/Buch, Detlef, *Europäische Rüstungsindustrie: Kein Heil im Export*, SWP Aktuell, März 2012.

► ²⁴ Mölling, Christian, *Ständige Strukturierte Zusammenarbeit in der EU-Sicherheitspolitik*, SWP Aktuell, Februar 2010.

► ²⁵ Directive 2009/81/EC of the European Parliament and of the Council, 31.07.2009; Directive 2009/43/EC of the European Parliament and of the Council, 6.05.2009.

► ²⁶ Mölling, Christian/Brune, Sophie-Charlotte, *The impact of the financial crisis on European defence*, op cit.

► ²⁷ Gates, Robert, *Reflections on the Status and of the Future of the Transatlantic Alliance*, op. cit.

► ²⁸ Mölling, Christian, *Pooling und Sharing in EU und NATO*, SWP Aktuell Mai 2012

► ²⁹ Gomis, Benoît, *Franco-British Defence and Security Treaties: Entente While it Lasts?*, Chatam House, Programme Paper ISP 01/2011.

- ▶ ³⁰ Mölling, Christian/Brune, Sophie-Charlotte, *The impact of the financial crisis on European defence*, op.cit, S. 43–52.
- ▶ ³¹ Major, Claudia/Mölling, Christian/Valasek, Tomas, *Smart but too cautious*, op.cit.
- ▶ ³² *Gemeinsamer Brief der Außen- und Verteidigungsminister Deutschlands, Frankreichs und Polens an die Hohe Vertreterin*, Berlin, Paris, Warschau, 6.12.2010; siehe auch Major, Claudia, *Ein zivil-militärisches Hauptquartier für die EU*, SWP Aktuell, Oktober 2010; Major, Claudia/Wassenberg, Florian, *Polens ambitionierte GSVP-Agenda*, SWP Aktuell, August 2011.
- ▶ ³³ *Brief der Hohen Vertreterin an die Außen- und Verteidigungsminister Deutschlands, Frankreichs und Polens*, Brüssel, 26. 01.2011.
- ▶ ³⁴ *High Representative Report on CSDP*, Brüssel, 11.07.2011, 12663/11.
- ▶ ³⁵ *Joint Statement of the Heads of State and Government of Germany, France, Luxembourg and Belgium on European Defence*, Brüssel, 29.04.2003 (“Tervuren Declaration”); Vgl. auch Major, Claudia/Mölling, Christian, “*Show Us the Way Forward Asterix*”: *Europe Needs the French Involvement in ESDP*, CERI, Institut d’Etudes Politiques de Paris, März 2007.
- ▶ ³⁶ Major, Claudia/ Wassenberg, Florian, *Polens ambitionierte GSVP-Agenda*, op.cit.
- ▶ ³⁷ Vgl. dazu Jean Guisnel, „François Holland précise ses options stratégiques“, in: *Le Point*, 14.07.2012; Kim Willsher, „...Hollande will retain Franco-British defence ties as president“, in: *The Guardian*, 1.04.2010; Véronique Guillermand, „Paris tente de relancer ‘L’Europe de la Défense‘“, in: *Le Figaro*, 23.07.2012; Relance de la PSDC – Intervention de M. Laurent Fabius, ministre des affaires étrangères, devant les Ambassadeurs polonais, Warschau, 26.07.2012, <www.diplomatie.gouv.fr/fr/pays-zones-geo/pologne/la-france-et-la-pologne/visites-8975/article/relance-de-la-psdc-intervention-de>.
- ▶ ³⁸ Lettre de mission pour le Livre Blanc adressée par le président de la République à Jean-Marie Guéhenno, 13.07.2012, <www.defense.gouv.fr/actualites/articles/lancement-des-travaux-du-livre-blanc-par-le-president-de-la-republique>.
- ▶ ³⁹ Botschafter Wolfgang Ischinger (Deutschland) und Sir Peter Ricketts (Großbritannien).
- ▶ ⁴⁰ Valasek, Tomas, *Is the Franco-British defence treaty in trouble?*, Centre for European Reform, Juli 2012.

- ▶ ⁴¹ Absichtserklärung zwischen dem Bundesministerium der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland und dem Verteidigungsminister der Französischen Republik über neue Perspektiven für die deutsch-französische Rüstungskooperation, Paris, 14.06.2012.
- ▶ ⁴² Grand, Camille, France, in: O'Donnell, Clara Marina (Hg.), *The Implications of Military Spending Cuts for NATO's Largest Members*, Analysis Paper, Brookings Institution, Juli 2012.
- ▶ ⁴³ Major, Claudia/Mölling, Christian, *EU-Battlegroups: Bilanz und Optionen zur Weiterentwicklung europäischer Krisenreaktionskräfte*, SWP Aktuell, August 2010.
- ▶ ⁴⁴ Bundesverfassungsgericht, Pressemitteilung 72/2009, 30.06.2009.



Über die Autorin

Claudia Major ist stellvertretende Leiterin der Forschungsgruppe Sicherheitspolitik der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin. Darüber hinaus ist sie Mitglied im „Beirat zivile Krisenprävention“ und Lehrbeauftragte am Institut d’Etudes Politiques/ Sciences Po Paris. Zuvor arbeitete Sie unter anderem am Centre for Security Studies der ETH Zürich und am European Union Institute for Security Studies in Paris. Ihre Forschungsgebiete sind: Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik in Nato und EU (GSVP); zivile und militärische Fähigkeiten im Krisenmanagement; Strategieentwicklung; EU-UNO Kooperation im militärischen Krisenmanagement; deutsche, französische und britische Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

G